

## Liebe Genossinnen und Genossen,

ich wünsche euch allen ein frohes und gesundes neues Jahr und für unser politisches Streben viel Erfolg.

Das neue Jahr wird politisch ein ereignisreiches Jahr werden. Das steht bereits jetzt fest. Im kommenden Monat findet der erste Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidatur zur nächsten Landtagswahl statt. Eine Kandidatin und drei Kandidaten stehen zur Auswahl. Brigitte Fronzek, Torsten Albig, Ralf Stegner und Mathias Stein durchlaufen zurzeit die Tour durch die Kreisverbände. Am 11. November 2010



durften die Genossinnen und Genossen aus Ostholstein den Protagonisten auf den Zahn fühlen. Der Ostholsteinbrief hat darüber berichtet. Die Auszählung wird am 26. Februar in

Kiel sein. Als Kreisvorsitzender gehöre ich dem Auszählungsteam an. Erhält keiner die absolute Mehrheit, wird es eine Stichwahl der beiden Bestplatzierten am 26. März geben. In jedem Fall steht die oder der Spitzenkandidat zum Landesparteitag am 9. und 10. April 2011 in Husum fest. Dieses Auswahlverfahren ist bislang einmalig in der SPD Schleswig-Holstein. Die bisherigen Veranstaltungen zeigten sich als wahre Straßenfeger und belegen, dass die Entscheidung des Landesvorstandes und der Kreisvorsitzenden richtig war, die Mitglieder unserer Partei aktiv in die Entscheidung einzubeziehen.

Vielleicht kommt es in diesem Jahr auch schon zur Landtagswahl. Die SPD Landtagsfraktion fordert einen Wahltermin im November 2011. Jedoch ist es fraglich, ob sich die SPD durchsetzen kann. Es bleibt abzuwarten. Spätestens im Mai 2011 muss das neue Wahlgesetz verabschiedet werden. Auch dort gibt es innerhalb der SPD unterschiedliche Auffassungen. Soll die SPD für eine Verfassungsänderung zur Verfügung stehen? Soll die Höchstzahl der

Mandate mit 69 bestehen bleiben? Welche Auswirkungen hat das auf die Wahlkreise? Wäre eine Veränderung des Wahlrechts hinsichtlich der Erst- und Zweitstimme nicht sinnvoll? Viele Faktoren sind zu berücksichtigen. Die SPD-Ostholstein wird den Prozess weiter begleiten. Wir werden uns bemühen, noch kurzfristig eine Ortsvereinskonferenz zu diesem Thema zu organisieren.

Für die Kreis-SPD gibt es einen weiteren wichtigen Termin. Am 5. März 2011 findet der ordentliche Kreisparteitag statt. Der komplette Vorstand ist neu zu wählen. Ebenso die Delegierten für den Landesparteitag. Über die Einzelheiten berichte ich noch in dieser Ausgabe ■.

Mit solidarischen Grüßen  
euer

Kreisvorsitzender

## Ordentlicher Kreisparteitag der SPD-Ostholstein

Am 5. März 2011 findet der nächste ordentliche Kreisparteitag des SPD-Ostholstein in Lensahn statt. Schwerpunkt des Kreisparteitages werden die Wahlen des Kreisvorstands sein.

Den Formalien und Traditionen folgend, werde ich als Kreisvorsitzender, die Schatzmeisterin und der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion ihre Berichte persönlich vorstellen. Die weiteren Berichte unserer Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn, unserer Landtagsabgeordneten Regina Poersch und Sandra Redmann sowie der Arbeitsgemeinschaften werden rechtzeitig versandt und auf dem Kreisparteitag ausliegen. Zu allen Berichten besteht die Möglichkeit der Aussprache.

Auf den letzten Kreisparteitagen haben wir uns mehr mit unseren politischen Themen und Anträgen auseinandergesetzt und auf Referate verzichtet. In diesem Jahr

wollen wir einmal damit brechen und sind bemüht, eine oder einen interessanten ReferentIn für uns zu gewinnen.

### SPD Ostholstein

#### Ordentlicher Kreisparteitag

5. März 2011, 9:30 Uhr  
Lensahn, Restaurant GILDESTUBEN

Wir haben auf den letzten Kreisparteitagen damit begonnen, eine andere Form der Meinungsfindung zu den vorliegenden Anträgen zu begehen. Unseren eingeschlagenen Weg, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kreisparteitages mehr mit einzubeziehen, wollen wir auch fortsetzen. Aufgrund der umfangreichen Wahlen

wird es aber vielleicht erforderlich werden, während der Wahlvorgänge die Antragsberatungen abzuhalten. Wie umfangreich die Antragsberatungen sein werden, hängt von der Anzahl der Anträge ab. Bislang liegen zwei Anträge vor.

Alle Positionen des Kreisvorstands sind neu zu besetzen. Bis zum Parteitag selbst können Bewerbungen abgegeben werden. Dem Kreisparteitag wird ein mitgliederöffentlicher Kreisparteiausschuss am 24. Februar 2011 vorgeschaltet. Der Kreisvorstand hat beschlossen, dass alle Bewerberinnen und Bewerber dort die Gelegenheit erhalten, sich vorzustellen und für Nachfragen zur Verfügung zu stehen. Der Veranstaltungsort steht noch nicht fest. Er wird in jedem Fall im Kreissüden stattfinden.

Jede Kandidatin und jeder Kandidaten erhält die Möglichkeit, sich in einem ein-

seitigen Schreiben persönlich vorzustellen. Diese Vorstellungen werden rechtzeitig versandt und liegen beim Kreisparteitag aus.

Bislang liegen folgende Bewerbungen vor:

Kreisvorsitzende/Kreisvorsitzender  
Lars Winter (OV Beschendorf)

Stellv. Kreisvorsitzende  
(drei Mandate stehen zur Verfügung)  
Helga Poppe (OV Oldenburg)  
Regina Voß (OV Kasseedorf)  
Burkhard Klinke (OV Bosau)  
Dr. Henrik Petersen (OV Pansdorf)

Schatzmeisterin/Schatzmeister  
Andreas Hillesheim (OV Malente)

Schriftführerin/Schriftführer  
Beate Müller-Behrens (OV Bosau)

Beisitzerinnen/Beisitzer  
(11 Mandate stehen zur Verfügung)  
Uwe Beckmann (OV Bad Schwartau)  
Anja Brocke (OV Scharbeutz)  
Hermann Greve (OV Neustadt)  
Michaela Homann-Speck (OV Damlos)  
Marcus Landsetzer (OV Bosau)  
Lennart Maaß (OV Oldenburg)  
Swantje Meininghaus (OV Süsel)  
Uwe Tewes (OV Eutin)

Weiterhin sind die Revisoren und das Schiedsgericht neu zu wählen. Außerdem sind 16 Delegierten zu den Landesparteitagen zu wählen. Die Mitglieder der Landeswahlkonferenz können erst dann gewählt werden, wenn das neue Wahlgesetz und die Wahlkreiseinteilung bekannt sind.

Im Anschluss an den Kreisparteitag sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich auf einen gemeinsamen Umtrunk eingeladen um den Tag Revue passieren zu lassen. ■

Lars Winter  
Kreisvorsitzender

## Jahresbericht 2010 von Sandra Redmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch im Jahresbericht 2010 möchte ich Euch wieder in „Kürze“ über die Arbeit aus der Fraktion, meinem Arbeitskreis Umwelt und ländliche Räume und dem Wahlkreis berichten. Da ich dies natürlich nicht vollständig und in jeder Einzelheit ausführen kann, sprecht mich gerne auf einzelne Punkte an, über die wir dann auf Versammlungen oder in Arbeitsgemeinschaften gemeinsam diskutieren könne.

### Fraktion

Ein Schwerpunkt in der Arbeit der Fraktion war dieses Jahr ohne Frage die Diskussion über den Haushalt. Klar ist, dass Schleswig-Holstein sparen muss, große Spielräume für wichtige Zukunftsaufgaben sind kaum noch vorhanden. Die Kreditaufnahme muss begrenzt und bis 2020 auf Null gebracht werden. Was die Landesregierung uns allerdings vorgelegt hat, ist an sozialer Kälte und Strukturlosigkeit kaum zu überbieten. Ideen für Einnahmeverbesserungen findet man kaum.

Obwohl gerade erst eingeführt, wurde das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr wieder gestrichen. Die Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wird wieder eingestellt. Die Elternbeteiligung an der SchülerInnenbeförderung wird wieder eingeführt. Das Landesblindengeld wird gekürzt, beim Freiwilligen Ökologischen Jahr wird eingespart und bei Frauenhäusern und Frauenberatungen wird massiv gekürzt. Diese Liste ließe sich noch teilweise weiterführen. Bei der Diskussion um den Erhalt der Uni Lübeck hat sich diese Landesregierung restlos blamiert. Die SPD-Landtagsfraktion hat ein eigenes

Konsolidierungskonzept vorgelegt. Klarer Schwerpunkt hierin ist der Bildungsbereich. Bei der von mir aufgeführten Kürzungsliste der Landesregierung haben wir Haushaltsanträge gestellt, diese zurückzunehmen. Einsparungen stellen wir uns insbesondere bei der einzelbetrieblichen Förderung, aber auch bei Verwaltungsaufgaben sowie bei den Fraktionen und der



Regierung vor. Höhere Einnahmen wollen wir u. a. durch Vorziehen der Grunderwerbssteuer und bei der Überarbeitung der Mehrwertsteuer erreichen.

Eine weitere intensive Diskussion hatten und haben wir zum Schulgesetz. Aus rein ideologischen Gründen will diese Landesregierung das Schulgesetz ändern. Obwohl es große Proteste von SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern aber auch Gemeinden gibt, ist sie nicht davon abzubringen, unser Schulsystem erneut komplizierter zu gestalten und Unruhe in die Schullandschaft zu bringen. Die Absicht der Koalition, es künftig den Gymnasien es selbst zu überlassen, ob sie G 8 oder G 9 anbieten, stiftet nun vollends Verwirrung. Der Weg soll

zurück zum dreigliedrigen Schulsystem. Und die 134 Gemeinschaftsschulen im Land, die von einer breiten Mehrheit gewollt sind, ist der CDU und FDP ein Dorn im Auge. Nach vielen Jahren Diskussion in Schleswig-Holstein, nach oft zu viel Einmischung seitens des Ministeriums war nun eigentlich die Hoffnung da, dass die Schulen endlich einmal in Ruhe arbeiten dürfen. Leider ist dies nun nicht mehr möglich. Wir werden das Gesetz auch in 2. Lesung ablehnen.

Nachdem das Landesverfassungsgericht das jetzige Wahlgesetz in wichtigen Teilen für verfassungswidrig erklärt hat, muss der Landtag bis spätestens Ende Mai 2011 ein neues Wahlgesetz beschließen. Die SPD-Landtagsfraktion hat nach langen Diskussionen, u. a. auch im Parteirat, einen Gesetzentwurf vorgelegt. Auszüge hieraus sind:

- Die Größe des Landtages bleibt unverändert bei 69 Abgeordneten. Dies wird aber zukünftig nicht mehr in der Verfassung erwähnt, sondern im Landeswahlgesetz geregelt.
- Das Zwei-Stimmen-Wahlrecht bleibt erhalten.
- Das Auszählverfahren nach d'Hondt bleibt erhalten.
- Die Zahl der Wahlkreise wird von 40 auf 35 reduziert.
- Evtl. entstehende Überhangmandate werden voll ausgeglichen.
- Die mögliche Abweichung von der durchschnittlichen Einwohnerzahl in den WK wird von 25 % auf 20 % reduziert.
- Als Wahltermin wird der 13. November 2011 festgelegt.

■ Das Wahlalter wird auf 16 Jahre gesenkt.

Ich weiß, dass es zu unserem Gesetzentwurf viele Diskussionen, Kritik, aber auch Zustimmung gibt. Meiner Auffassung nach sollten wir dieses Thema auf jeden Fall baldmöglichst gemeinsam diskutieren. Der Kreisverband Ostholstein hat sich ja bereits in die Gespräche eingeschaltet. Dieses sollten wir unbedingt mit allen, die sich dafür interessieren, fortführen.

## *Arbeitskreis Umwelt und ländliche Räume*

Die Zusammenarbeit im Arbeitskreis ist ausgesprochen positiv und alle Mitglieder sind hoch motiviert und engagiert. Ziel war es für uns von Beginn an, viel in Schleswig-Holstein unterwegs zu sein, um mit Vereinen, Verbänden, Einrichtungen und Genossinnen und Genossen ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam etwas zu bewegen. Ich glaube, dies ist uns bisher gut gelungen. Zumindest erhalten wir viele positive Rückmeldungen. Ein bisschen stolz sind wir über unseren Newsletter, den wir als erster Arbeitskreis neu eingeführt haben. Auch der Kreisverband Ostholstein und somit alle Ortsvereine erhalten diesen und Ihr könnt damit genau verfolgen, welche Themen uns beschäftigen. Wer noch Interesse am Newsletter hat, kann sich gerne bei mir melden.

Nach wie vor großes Thema ist der Bereich Biomasse. Viele BürgerInnen wenden sich an uns, weil sie vor Ort Probleme mit Biogasanlagen haben. Aber auch Landwirte sind in großer Sorge, weil die Pachtpreise enorm gestiegen sind. Durch den hohen Anteil am Maisanbau (ist übrigens höher als die Landeswaldfläche) ist die Befürchtung eines Zuwachses der Monokultur durchaus berechtigt. Das von uns erarbeitete Resolutionspapier, wie die Biogasnutzung in gesellschaftlichem Konsens nachhaltig gesichert werden kann, hat große Zustimmung auf der Konferenz der agrarpolitischen SprecherInnen der SPD-Fraktionen der Länder, des Bundes und des Europäischen Parlaments erhalten. Wir müssen bei der Erzeugung von Biogas die Ziele Wirtschaftlichkeit, Klima und Naturschutz sowie soziale Belange gleichermaßen beachten. Dazu gehört u. a.:

■ Naturschutzfachliche Kriterien als Grundlage für den Betrieb von Biogasanlagen im Rahmen des EEG festzulegen (z. B. Anteile der eingesetzten Biogassubstrate, kein Anbau von gentechnisch veränderten Organismen), damit ein naturverträglicher

Biomasseanbau gewährleistet und die biologische Vielfalt der Landschaft erhalten bleibt.

■ Eine Erstellung von regionalisierten Grünlandbilanzen (auf Ebene Landkreise) vorzubereiten und ein Verbot von Grünlandumbruch für Anbauzwecke nach EEG einzuführen.

Große Sorge bereitet den Menschen in unserem Land ganz aktuell der Dioxin-Skandal. Durch die kriminellen Machenschaften eines Unternehmens wurde bewusst die Gefährdung von Menschen in Kauf genommen. Auch die finanziellen Einbußen unserer Landwirte und die daraus resultierenden Folgen werden uns noch stark beschäftigen. Anmerken möchte ich, dass die Landwirtschaftsministerin Frau Dr. Rumpf ausgesprochen gut informiert hat. Alle Fraktionen wurden von ihr schnellstmöglich und detailliert über den aktuellen Stand unterrichtet. Dies kennen wir von ihren Ministerkollegen in dieser Form nicht. Den Landtagsantrag meines Kollegen Lothar Hay möchte ich Euch anliegend zur Verfügung stellen, da dieser auch gut für die öffentliche Diskussion geeignet ist.

Des Weiteren wird uns auch innerhalb der Partei in den nächsten Wochen die Küstenschutzabgabe beschäftigen. Den von der Landesregierung vorgeschlagenen Weg lehnt die SPD-Landtagsfraktion ab. Küstenschutz ist eine gemeinsame Aufgabe. Im Februar werden wir mit den Kreisverbänden Dithmarschen, Nordfriesland und Ostholstein ein Gespräch hierzu führen.

Nach wie vor bin ich Mitglied im Verwaltungsrat Schleswig-Holsteinische Landesforsten und im Stiftungsrat der Stiftung Naturschutz.

Hinweisen möchte ich Euch gerne noch einmal, dass wir im Bingo-Vergabe noch Mittel zur Verfügung haben. Wenn Ihr einen Antrag stellen möchtet, wendet Euch gerne an mich.

## *Aus dem Wahlkreis*

Zu allererst wieder ein großes Dankeschön an die Ortsvereine für die gute Zusammenarbeit.

Neben der Teilnahme an Jahreshauptversammlungen, Mitgliederversammlungen, Kinder- und Sommerfesten, Nachbarschaftsgesprächen, Grünkohlessen (auch ohne Grünkohl) in unserer Partei und Gesprächen mit Vereinen und Verbänden möchte ich einige Punkte besonders

erwähnen. Die im Jahr 2010 begonnenen Bürgersprechstunden, gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Stockelsdorf, werden mittlerweile gerne von Bürgerinnen und Bürgern genutzt, um mit uns zu diskutieren. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich diese Sprechstunde als durchaus effektiv erwiesen. Auch in den anderen Gemeinden möchte ich dieses jetzt gerne aufbauen. Bei Jürgen Brede möchte ich mich für diese Idee recht herzlich bedanken.

Zweimal war Lothar Hay bei uns zu Gast. Im Süden haben wir uns intensiv nochmals mit dem Thema „Fernmarnbelt“ beschäftigt. Auch wenn Lothar eher zu den Befürwortern zählt, war es doch gut, ihm die Situation vor Ort darzustellen. Ich persönlich habe große Hoffnung, dass der Landesparteitag im Frühjahr zu einer anderen Entscheidung kommen wird als bisher. Nach wie vor werde ich mich in der Landtagsfraktion bei jeder Gelegenheit gegen die Fehmarnbeltquerung aussprechen. Positiv haben Lothar und ich ebenso das Gespräch bei einem Landwirt, gemeinsam mit Vertretern des Kreisbauernverbandes Ostholstein und den Genossen vor Ort empfunden. Die Gesprächsbereitschaft der Landwirte uns gegenüber ist sehr viel offener geworden.

In Pansdorf informieren wir uns bei den Genossinnen und Genossen über den Sachstand der L 309. Eigentlich waren die Planungen schon weit fortgeschritten. Doch durch den Bruch der Koalition ist die Umbaumaßnahme an der L 309 wieder ins Stocken geraten. Auch ein von mir organisiertes Treffen mit dem Bürgermeister der Gemeinde Ratekau, Thomas Keller, und dem Dorfvorstandsmitglied Gaby Spiller bei der Staatssekretärin aus dem Verkehrsministerium konnte nur ein Teilerfolg bringen. Hier steht uns noch eine Menge Arbeit bevor.

Im Norden waren wir gemeinsam im Vogelreservat Wallnau, um uns über die dortige Arbeit, aber insbesondere über die Arbeit der FöJlerInnen zu informieren. Auch dort war aber natürlich das Thema Fehmarnbelt ein Gesprächspunkt.

Auch Ralf Stegner hat auf meine Einladung eine Bereisung im Süden und im Norden wahrgenommen. Kindertagesstätte, Senioreneinrichtung, Fledermauschutzgruppe, Mütter- und Kinderkurheim und Landwirte zählten zu unseren Gesprächspartnern.

Nach etlichen Irrungen und Wirrungen um den Tausch einer Waldfläche auf dem

Bungsberg mit den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten hoffe ich nun, dass das Projekt „Belebung des Bungsberges“ auf einen guten Weg gebracht wird. Es wäre sehr wünschenswert, wenn es den vielen Beteiligten gelingt, für die höchste Erhebung in Schleswig-Holstein ein sowohl gutes touristisches als auch umweltpädagogisches Projekt zum Erfolg zu führen. Auch hier möchte ich mich bei Lars Winter und der Kreistagsfraktion (insbesondere Hilbert Neumann) für den guten Austausch bedanken.

Die erste Wahlkreisfahrt mit den Ortsvereinen Stockelsdorf und Bad Schwartau nach Lauenburg war ein voller Erfolg. Axel Clasen hat das super organisiert und Olaf Schulze hat uns fachkundig durch seinen Wahlkreis geführt. Diese Aktion muss unbedingt, auch gemeinsam mit den anderen Ortsvereinen, wiederholt werden.

Auch die Teilnahme auf dem SPD-Trecker beim Festumzug in Stockelsdorf ist nachahmenswert. Neben viel, viel Spaß haben die Leute uns sehr positiv wahrgenommen.

Besonders schön ist es immer, Gäste aus dem Wahlkreis im Landeshaus begrüßen zu dürfen. 2010 war auf meine Einladung hin eine Jugendgruppe und die Jugendfeuerwehr aus Bad Schwartau in Kiel.

Kritisch anmerken muss ich leider, dass es mir noch nicht gelungen ist, einen Wahlkreis-Newsletter zu erstellen. Dies wird aber jetzt in Angriff genommen.

Ich freue mich auf eine weitere Zusammenarbeit mit Euch auch in diesem Jahr. ■  
Eure  
Sandra Redmann

## SPD Kreistagsfraktion:Lübecker Bildungsfond, ein Modell für Ostholstein?

Der Lübecker Bildungsfond wird von allen Fraktionen in Lübeck voll getragen, arbeitet erfolgreich, unbürokratisch und erreicht damit alle bedürftigen Kinder und Jugendlichen. Deshalb lehnt die SPD die Chipkarte oder die Bildungsgutscheine kategorisch ab. Der Fond unterstützt alle Kinder und Jugendlichen aus benachteiligten Familien, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen, ein ermäßigtes Betreuungsgeld in den Kindergärten bezahlen, die Wohngeld erhalten und somit ihren Kindern wichtige Bildungsangebote nicht ermöglichen können.

Gefördert werden: Mittagessen, Nachmittagsbetreuung, Klassenausflüge, Schulbeiträge, Arbeitsmaterialien, Sprachförderung, Musik- und Sportangebote und weitere Bildungsangebote.

Der Fond verfügt über einen Etat von knapp zwei Millionen Euro und wird getragen von der Hansestadt, dem Land und einem Stiftungsverbund in Lübeck. Der Staat darf und wird sich nicht aus seiner Verantwortung herausziehen. Wenn sich die Stiftungen nach einigen Jahren zurückziehen, wird der Fond durch die Gelder aus dem Bildungspaket des Bundes aufgefüllt.



Die SPD-Fraktion-Ostholstein hatte dazu das SPD-Fraktionsmitglied Jan Lindenau aus Lübeck geladen, der über dieses seit 2008 eingeführte und erfolgreich praktizierte Modell referierte.

Jedes Kind und jeder Jugendliche in Lübeck soll unabhängig von seiner familiären Ausgangsposition uneingeschränkter Zugang zur Bildung und zur kontinuierlichen Förderung seiner Fähigkeiten erhalten.

Weiterhin spricht für den Fond, dass die Verwaltungs- und Sachkosten bei nur 0,1% liegen.

Unbürokratisch, schnell, direkt und vor Ort, in Kindergärten und Schulen werden die individuellen Bedarfe ermittelt und die notwendigen Ressourcen bereitgestellt. Somit wird niemand aufgrund mangelnder finanzieller Möglichkeiten vom Mittagstisch in der Schule oder von den Ganztags- und Bildungsangeboten ausgeschlossen.

An den Schulen und Kindergärten wird ein einfaches Formular gemeinsam mit den Eltern von den Erziehern und Lehrern ausgefüllt. Die Einrichtungen vor Ort verfügen über ein eigenes Budget und entscheiden auch vor Ort, d.h. in den Kindergärten oder in der Schule. Hervorzuheben ist, dass die Eltern nicht jede Leistung wie sonst beantragen müssen, sondern ein Antrag reicht für ein ganzes Jahr. Die Mittel des Fonds sollen flexibel, schnell und ohne großen Aufwand bei den Kindern ankommen.

Besonders hervorzuheben ist, dass auch ein Zuschuss ohne Mitwirkung der Eltern zugestimmt werden kann.

Klinke: „Durch diesen unbürokratischen und sehr schnellen Weg und durch die Vorortentscheidung entstehen kaum Verwaltungskosten. Dadurch wird

das Geld sinnvoll investiert. Das von der Ministerin von der Leyen ins Gespräch gebrachte Modell mit einer Chipkarte ist mit einem langem bürokratischen Weg verbunden und so entsteht ein riesiger Verwaltungswasserkopf der Millionen von Euro kostet.“

Die SPD lehnt es ab, dass das diskutierte Bildungspaket der Bundesregierung über die Jobcenter läuft, weil hier dann zusätzlich 1300 Sachbearbeiter mit einem Kostenaufwand von 135 Mill. € eingestellt werden müssen. Wir fordern, dass die vorgesehenen Mittel für die Bildungsgutscheine bzw. Chipkarten über die Bundesagentur für Arbeit an die Jobcenter fließen und von dort als Abschlagssummen an die Kreise, Städte, Gemeinden und Ämter fließen und in einem Bildungsfond nach dem erfolgreichen Lübecker Modell verteilt werden.

Klinke: „Der Kreis Ostholstein mit seinen Städten, Gemeinden und Ämtern ist von der Verwaltungsstruktur anders als Lübeck aufgestellt. Mit den verschiedenen Schulträgern, sollte es als Modell für unseren Kreis diskutiert und evtl. umgesetzt werden. Denn auch im Kreis Ostholstein nimmt die Kinderarmut ständig zu und schnelle und unbürokratische Hilfe ist dringend erforderlich.“

Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich auf ihren kommenden Fraktionssitzungen intensiv mit diesem Thema beschäftigen und es auf die politische Bühne bringen. Denn was wir jetzt verpassen, wird in zehn Jahren doppelt so hohe „Reparaturkosten“ zur Folge haben.“ ■

Burkhard Klinke  
Fraktionsvorsitzender

## AfA-Jahresplanung 2011



Liebe Genossen und Genossinnen,  
das neue Jahr hat begonnen und auch die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) hat die erste Sitzung in diesem Jahr schon hinter sich. In dieser Sitzung haben wir die Termine für das Jahr 2011 festgelegt. Auch über die zu beratenden Inhalte haben wir uns verständigt.

Am 17.03.2011 wollen wir uns in Timendorfer Strand auf die bevorstehende Landeskonferenz vorbereiten. Die AfA-Ostholstein hat eigene Anträge formuliert. Weitere Anträge aus den anderen Kreisverbänden werden erwartet und sind zu diskutieren. Zu dieser Sitzung haben wir keine besonderen Gäste eingeladen. Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes sind herzlich gern gesehen.

Am 19.05.2011 planen wir in der Ferienanlage Weißenhäuser Strand mit der Unternehmensleitung über das Thema Leiharbeit zu sprechen. Die Gesprächspartner werden demnächst eingeladen.

Über Mindestlöhne möchten wir uns am 21.07.2011 mit der IHK im Hansa-Park

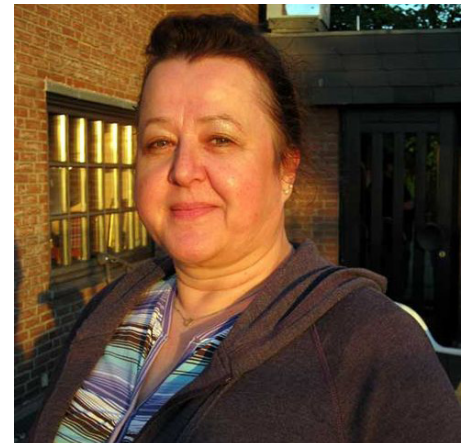
unterhalten. Wir hoffen den Präses der IHK zu Lübeck, Herrn Andreas Leicht als Gesprächspartner zu gewinnen.

Die Nachfolgeeinrichtung der ARGE Ostholstein, das Jobcenter hat 2011 seine Arbeit aufgenommen. In unserer Sitzung am 15.09.2011 möchten wir uns mit den handelnden Personen zusammensetzen und einen Erfahrungsbericht über die ersten Monate des Jobcenter erhalten.

Am 17.11.2011 halten wir einen Rückblick über das abgelaufene Jahr und wollen eine Vorausschau auf 2012 wagen. Dazu treffen wir uns auf der Fähre der Scandlines und fahren von Puttgarden nach Dänemark und zurück.

Wir versuchen alle Veranstaltungen mit unseren Abgeordneten des Bundes-, des Land- und des Kreistages zu komplettieren. Unsere Veranstaltungen sind öffentlich. Die Mitgliedschaft der SPD ist zwar wünschenswert aber nicht Bedingung oder Voraussetzung zur Teilnahme. Gern begrüßen wir die VertreterInnen der Gewerkschaften und jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer. Unsere Themen gehen alle an.

Ganz besonders freuen wir uns darüber, dass die nächste AfA-Landeskonferenz in



Ostholstein stattfinden wird. Am 26. März 2011 wird in den Eutiner Schlossterrassen der Vorstand der Landes-AfA neu gewählt. Um eine noch bessere Verzahnung zwischen Kreis und Land zu erreichen, habe ich mich entschlossen als Beisitzerin im Vorstand zu kandidieren. Über eure Unterstützung zur Kandidatur würde ich mich freuen.

Bis dahin verbleibe ich mit solidarischen Grüßen ■

Inke-Marie Jaschinski  
*AfA Kreisvorsitzende*

## Deutschland braucht eine neue Integrationspolitik

Der Kreisvorstand der SPD-Ostholstein trat am 19. Januar 2011 zu seiner 25. Kreisvorstandssitzung mit dem Thema „DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE NEUE INTEGRATIONSPOLITIK“ zusammen. Als Gesprächspartner neben den Kreisvorstandsmitgliedern waren an diesem Abend der 1. Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Ostholstein, Herr Kahveci sowie Frau Hafemann und Frau Zastrow vom Migrations-Forum Ostholstein und die SPD-Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli eingeladen.

Hintergrund dieser Gesprächsrunde ist, dass bereits am 7. Oktober 2010 von der schwarz-gelb geführten Bundesregierung im Deutschen Bundestag der 8. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vorgestellt wurde. Dabei wurde deutlich, dass die CDU-FDP-geführte Bundesregierung gerne von Integrationsverweigerern und deren Sanktionierung redet, aber gleichzeitig nicht ausreichend Mittel für Integrationskurse zur Verfügung stellt.

So ist es widersprüchlich, wenn Maria Böhmer, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, mehr Integrationskurse fordert, aber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. So fehlen in 2010 rund 15 Milli-



onen Euro, um die Nachfrage nach Integrationskursen decken zu können. Damit wird rund 20.000 Migranten der Zugang zu Deutsch-Kursen versperrt. "Die Bundesregierung spart am falschen Ende und führt ihre öffentlichen Appelle an den Integrationswillen der hier lebenden Ausländer ad absurdum".

Der Kreisvorsitzende Lars Winter führt in das Thema mit der Aussage ein, dass

der letzte Integrationsbericht der Bundesregierung ergeben hat, dass Deutschland kein Einwanderungs- sondern ein Auswanderungsland ist. Menschen aller Nationalitäten kehren Deutschland den Rücken, weil verschiedenartige Hürden bei der Berufsausbildung, der Lebensplanung und des Berufslebens aufgebaut werden. Aufgrund der allen bekannten demografischen Entwicklung ist es aber erforderlich, dass wir Menschen für unsere Land interessieren. Sie dafür begeistern, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, sie weltoffener zu gestalten, ihre Kultur neben unserer Kultur zu entwickeln und dabei gegenseitiges Verständnis zu erzeugen.

Die Vertreterinnen des Migrations-Forums-Ostholstein berichteten von ihrer Arbeit mit minderjährigen Flüchtlingen und der Integrationskurse, ihrer Verzahnung mit dem Ausländerbeirat und ihrer guten Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfshaus in Lensahn. Frau Zastrow erzählte über die Probleme, die sich in einem Flächenkreis bei den Integrationskursen

ergeben. So dauert es zu lange, bis die erforderliche Anzahl von 18 bis 20 TeilnehmerInnen erreicht ist. Die Mindestzahl ist aber erforderlich, weil der Kurs ansonsten nicht finanziert werden kann. Gleiche Probleme ergeben sich bei der frühkindlichen Spracherziehung. Auch hier werden mindestens sechs bis acht Kinder für einen Kurs benötigt. Da die Kinder aber die kommunalen Einrichtungen besuchen, ist eine Zusammenführung sehr kompliziert. Frau Zastrow berichtet weiter, dass das Migrations-Forum-Ostholstein seit zwei Jahren versucht einen beruflichen Sprachkurs durchzuführen. Bislang ist dieses Unterfangen immer an den vorgenannten Problemen gescheitert.

Die Sprecherin für Integration und Migration der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, klärt die Anwesenden über Falschmeldungen bei der schreibenden Zunft sowie in Funk und Fernsehen auf. Die immer wieder aufgestellten Behauptungen, dass es in Deutschland eine große Integrationsunwilligkeit gibt, stimmen nicht. Die Anzahl der Menschen, die sich einer Integration entziehen, bewegen sich im Promillebereich. Die von Frau Zastrow angesprochenen Probleme und die fehlenden Haushaltsmittel für Integrations-

kurse sind der eigentliche Grund, dass die Integrationskurse nur zögerlich durchgeführt werden können.



Serpil führte weiter aus, dass die SPD-Landtagsfraktion bereits 2002 ein Integrationskonzept erarbeitet hat. Darin ist auch ausgeführt, dass Integration nicht allein heißt, dass deutsch gesprochen und geschrieben werden kann. Integration ist keine Einbahnstraße. So ist es dringend erforderlich, dass hier lebende und arbeitende Menschen mit Migrationshintergrund auch das kommunale Wahlrecht erhalten. Sie zahlen Steuern und Abgaben dürfen aber nicht an der Willensbildung in ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde teilhaben. Weiterhin bestätigte sie die Aussagen von Lars Winter, dass Deutschland ein Auswanderungsland geworden ist.

Herr Kahveci berichtet über seinen Werdegang und seine Arbeit in der Türkischen Gemeinde Ostholstein. Er hält die Integration der in Deutschland lebenden Türken für wichtig und erforderlich. Er sieht aber auch die Verpflichtung der Deutschen, dass diese die Integration begleiten, mitleben und miterleben. Integration bedeutet für ihn nicht, seine Kultur und seine Sprache aufzugeben. Er selbst ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Seine Kinder sprechen deutsch und türkisch. Er beschreibt das Erleben beider Sprachen als Muttersprache und Vatersprache.

Als Resümee bleibt, dass sich der SPD-Kreisvorstand um mehr Begegnung mit der Türkischen Gemeinde kümmern wird und die politische Forderung um ausreichende Finanzierung des Integrationsprozesses unterstreicht und einfordert. Weiterhin wird der SPD-Kreisvorstand das Migrations-Forum-Ostholstein bei der Lösung ihrer örtlichen Probleme unterstützen. Dies sagte auch der SPD-Kreislandtagsfraktionsvorsitzende Burkhard Klinken zu. ■

Lars Winter  
Kreisvorsitzender

## Keine Verschlechterungen bei Integrationskursen

Antrag der SPD-Landtagsfraktion.

Der Landtag wolle beschließen:

Deutsche Sprachkenntnisse sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Dieser übergreifende Konsens in der Politik muss in ein ausreichendes und qualitativ gutes Angebot entsprechender Integrationskurse münden. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um Integrationsprobleme kommt ihnen eine Schlüsselstellung zu.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen,

- dass ein niedrighschwelliges, bedarfsge-rechtes und qualitativ gutes Angebot an Integrationskursen geschaffen wird, in dem die Lehrkräfte angemessen für ihre wichtige Arbeit entlohnt werden und Migrantinnen und Migranten zeitnah einen Kurs wahrnehmen können; zügig die Einschränkungen der Mittel für Integrationskurse zurückzunehmen, um eine nachhaltige Integrationspolitik zu fördern;
- die Personalreduzierungen im BAMF-Integrationskursbereich zurückzunehmen;

- stärkere Anstrengungen für ergänzende Integrationsmaßnahmen im Rahmen von Sprach- und Staatsbürgerkursen zu unternehmen.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf, mit den beteiligten Akteuren und besonders dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in einen regelmäßigen Austausch zu treten mit dem Ziel, dass Integrationskursangebot in Schleswig-Holstein zu optimieren.

Dem Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist darüber zu berichten. ■

## Willy Brandts Witz

Reagan ist ein mittelmäßiger Schauspieler, der die Rolle eines schlechten Präsidenten sehr gut spielt.



## Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6  
23701 Eutin  
Tel.: 04521/5957  
Mail: kv-ostholstein@spd.de  
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter

## Workshop für junge Medienmacher in Berlin Hagedorn ruft Jungredakteure zum Mitmachen auf

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn ruft erneut politik- und medieninteressierte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren auf, sich für die Teilnahme an den 8. Jugendmedientagen in Berlin zum Thema „Bürger, Parlament, Medien – Partizipation zwischen Facebook und Parteilbuch“ zu bewerben. Bereits 2008 war die Oldenburger Freiherr-vom-Stein-Schülerin Imke Bischoff auf Einladung Hagedorns beim Workshop mit dabei; zwei Jahre zuvor konnte die Lensahner Schülerin Katharina Langbehn wertvolle Erfahrungen in Berlin sammeln.

Eine Woche lang - vom 21. bis 25. März 2011 - werden die 40 ausgewählten Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen und besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag. Hagedorn: „Unsere Arbeit als Abgeordnete und das Leben der Journalisten in Berlin kann so einmal live erlebt und die eigenen Vor-

stellungen mit der Realität verglichen werden“.

In diesem Jahr werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Frage auseinandersetzen, wie politische Teilhabe im 21. Jahrhundert aussieht oder aussehen könnte, welche Bedeutung dem Parlament zukommt, welche Rolle dabei das Internet spielt, und sie werden diese Themen aus ihrer Perspektive kritisch hinterfragen.

Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren noch bis zum 29.01.2011 mit einem Artikel oder einem Video-/Audio-Beitrag zur Frage „Wie sieht Demokratie im 21. Jahrhundert für Dich aus?“. Hagedorn: „Gefragt sind kreative Beiträge, die sich bspw. damit auseinandersetzen, wie die moderne Technik die politische Teilhabe erleichtert und welche Auswirkungen dies auf unsere Demokratie hat. Denn klar ist – Demokratie verändert sich mit den Menschen, die sie machen. Wer wollen wir sein – und wie können wir unsere Demokratie aktiv mitgestalten? Ich möchte alle Ju-



gendlichen dazu aufrufen, sich aktiv mit diesen Fragen auseinanderzusetzen und die Chance für eine Bewerbung wahrzunehmen! Ich würde mich sehr freuen, wieder junge Leute aus Ostholstein und Nordstornarn, die Spaß und Interesse an Medienarbeit haben, in Berlin begrüßen zu dürfen, um einen neuen Dialog zwischen Jugend und Politik zu ermöglichen.“

Nähere Informationen zum Anmeldeverfahren auf [www.jugendpresse.de/bundestag](http://www.jugendpresse.de/bundestag). ■

## AG 60plus auch 2011 mit vielen Veranstaltungen präsent



Wieder interessante Veranstaltungen der Kreis-AG 60plus, schon der Auftakt am 23. Februar 2011 ist eine Besonderheit.

„Gut Ding braucht Weile“ heißt ein alter Spruch, doch diesmal war nicht nur aufgrund des Wetters die Erstellung des Veranstaltungs-Planes 2011 ins Stocken geraten, sondern auch bei den Wunschreferenten waren manche angefragten Termine bereits mehrfach belegt. Last but not least steht aber jetzt alles bis auf eine Zusage für den 23. März 2011.

Alle Veranstaltungen finden auch in diesem Jahr im Hotel Stadt Kiel in Neustadt, Lienaustasse 8, statt.

Die Vorstandssitzungen, die zugleich mitgliederöffentlich sind, sind festgelegt auf folgende Zeiten: 12. Februar von 14.00 bis 16.30 Uhr, 23. März von 13.00 bis 15.00 Uhr, 08. Juli, 10. August und 26. Oktober jeweils von 14.00 bis 16.00 Uhr.

Der Veranstaltungsaftakt beginnt

nach der Devise: „Neue Wege geschehen, indem man sie geht“ Deshalb fällt diese Veranstaltung etwas aus dem üblichen Themenrahmen und ist für alle Altersgruppen in unserer Partei, d.h. sowohl Mitglieder, Sympathisanten wie auch Nichtmitglieder höchst interessant und wird auch als öffentliche Veranstaltung der Presse gemeldet, wobei eigentlich immer alle Veranstaltungen auch für nicht-mitgliederöffentlich und von 15.00 bis 17.00 Uhr geplant sind.

Christiane Harthun-Kollbaum, Inhaberin der CHKommunikation-Agentur, und vielen schon bekannt als Moderatorin der Vorstellungsrunden der Spitzenkandidaten - Stegner, Albig, Frontzek und Stein - auch in Ostholstein, wird zum Thema: „Die vierte Gewalt – die Macht der Medien“ am 23. Februar 2011 von 15.00 bis 17.00 Uhr referieren und mit allen Besuchern diskutieren.

Das genaue Thema der März-Veranstaltung und der Referent wird im nächsten Newsletter angekündigt.

Danach wird am 13. April 2011 unsere

MdL Sandra Redmann, wenige Tage nach dem Landesparteitag und der Wiederwahl des alten oder Wahl des neuen Landesvorsitzenden darüber berichten, wie es nach besten Kräften im Land weitergehen wird und welche Auswirkungen die Urwahl auch auf Ostholstein hat.

Für alle AG 60plus-Mitglieder und für die Ortsvereins-Vorsitzenden ist ein besonderes Datum der 11. Mai 2011. Es findet die Mitgliederversammlung statt, die alle zwei Jahre vorgeschrieben ist und die Einladungen dazu müßten alle Mitglieder über 60 Jahre erreichen. Da wir aber die Einladungen aus Kostengründen nicht per Post versenden können, möchte ich schon an dieser Stelle an alle Ortsvereinsvorsitzenden appellieren, die Einladungen, die wir seitens des Vorstandes ihnen rechtzeitig zu kommen lassen, an ihre Mitglieder zu verteilen. Vielen Dank schon im Vorwege.

Referent zu Beginn der Versammlung wird mit einem wieder externen, aber wissenswerten Thema: „Was macht eigentlich der Unternehmensverband Ostholstein/



Plön“, der Geschäftsführer Eberhard Rauch, sein.

In der Folge erwarten wir am 25. Mai 2011, Ulrich Praefke, den Verdi-Bezirksge-

schäftsführer zum Thema „Bürgerversicherung“.

Am 21. Juni 2011 besuchen wir die Lübecker Nachrichten in der Zeit von 20.00 bis 23.30 Uhr und erleben den Produk-

tionsablauf per Film und „live“ und am 14. September 2011 unsere MdB, Bettina Hagedorn mit einem Resümé zu den vergangenen Landtagswahlen in Deutschland und einer u.U. veränderten Situation.

Am 26. Oktober 2011 wird unsere MdL Regina Poersch, als Sprecherin des AK Wirtschaft und Tourismus der SPD im Landtag zum Thema: „Wie erfolgreich war die Tourismus-Saison 2011 und was ist in Hinblick auf den Küstenschutz, auch in Ostholstein, geschehen.“

Am 9. November spricht der Bürgermeister der Stadt Bad Segeberg und Vorstandsmitglied der SGK, Dieter Schönfeld zum Thema: „Starke Kommunen, z.B. starker Sport“ oder eher „Kommunen in Not: leere Kassen, wenig Sport, schlech-

te Straßen, schlechte Schulräume, wenig freiwillige soziale Leistungen ?????!!!!

Den Abschluss bildet wieder die leider in 2010, bedingt durch die Schneeverwehungen ausgefallene Kreis-Weihnacht mit Lesungen bei weihnachtlicher Atmosphäre von Jacqueline Ohnhold, einer Architektin und begnadeten Krimi-Autorin die zugleich Collagen und Skulpturen kreiert und von Frau Prof. Doris Runge einer international ausgezeichneten Lyrikerin aus dem Weißen Haus von Cismar sowie Dr. Ralf Stegner, der auch für 2010 zugesagt hatte. ■

Alfred Welack  
AG 60plus Kreisvorsitzender

## Aufruf zur Darstellung der Arbeit in den Ortsvereinen und Fraktionen

In den bisherigen Ausgaben des Ostholsteinbriefes ging es um die Arbeit des Kreisvorstandes, der Arbeitsgemeinschaften und unserer Abgeordneten im Bundes- und im Landtag.

Die Februarausgabe des Ostholsteinbriefes soll deshalb im wesentlichen aus Berichten der Ortsvereine und der Fraktionen bestehen. Damit erhaltet ihr Gelegenheit z.B. über eure Neujahrsempfänge oder über eure weiteren Veranstaltungen

zu berichten. Ihr könnt über die Ehrungen eurer Mitglieder berichten oder uns eure Arbeitsschwerpunkte in den Gemeinde- und Stadtvertretungen näher bringen.

### Ostholsteinbrief

Lasst die Genossinnen und Genossen aus dem Kreisverband an euren Aktionen teil haben. Vielleicht erhalten die anderen

Orstvereine dadurch Anregungen für ihre weitere Arbeit. Dafür benötige ich bis zum 15. Februar 2011 eure Berichte und eure Fotos zu den Berichten. Sendet ihn mir bitte als Worddokument per E-Mail zu. Steht euch kein Computer zur Verfügung, könnt ihr auch gern einen Brief schreiben. Das sollte aber doch eher die Ausnahme bleiben.

Ich freue mich auf eure Beiträge. Sendet sie bitte an lawi12@aol.com. ■

## SPD Kreistagsfraktion lehnt Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ab 2011 kategorisch ab

Die SPD Fraktion wendet sich mit aller Deutlichkeit gegen die Einführung einer Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten. Klinke: „Wir lehnen eine Elternbeteiligung für die Schülerbeförderung, wie sie schon 2003 von der CDU Kreistagsfraktion eingeführt wurde, ab.“

Die Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Landesregierung haben für den Kreis u. a. folgende Auswirkungen: Ab August 2011 müssen die Eltern wieder für ihre Kinder bis zu 250 € Schülerbeförderungskosten pro Schulkind zahlen.

Die Fraktion wird dafür kämpfen, dass alle SchülerInnen wie bisher kostenlos ihre



jeweilige Schule besuchen können und die Schulbildung nicht vom Geldbeutel abhängig wird. Wir sagen

■ Keine Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten

- Nein zur weiteren Belastung der Eltern
- Nein zu einer weiteren finanziellen Hürde im Bildungssystem.

Klinke abschließend: „Die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten war vor 3 Jahren auf Landesebene ein sehr emotionales Thema. Viele Eltern haben sich an den Protesten beteiligt und erreicht, dass von dem Gesetz kein Gebrauch gemacht wurde.“

Deshalb, Finger weg von den Schülerbeförderungskosten. Bildung muss für alle kostenfrei bleiben.“ ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender